

Die Ausgestoßenen.

Stalins Sieg über Trotski und Snowjew.

Der Kampf, den die Mehrheit der kommunistischen Parteimitglieder in Russland gegen die Minderheit der Opposition geführt hat, war deshalb so früh und langwierig, weil man offenbar trotz des entgegengesetzten Willens, die Opposition zu überwinden, bis fast zuletzt die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, daß es gelingen könnte, sie umzumen und die starken Kräfte, vor allem die langjähigen Arbeiter, die die Opposition verkörpern, der Partei zu erretten. Erst die Erkenntnis, daß das nicht möglich sein werde, Erkenntnis, daß die Führer der Opposition mit aller Energie und ohne Rücksicht auf Opfer und Gefahren entschlossen seien, ihren Standpunkt zu wahren und den Kampf um die Mehrheit fortzuführen, hat Stalin freie Hand gegeben, und in den Moskauer Feiertagen ist der Geheimfluß zustand gekommen, der jetzt nachträglich bekannt ist, und der Trotski und Snowjew direkt aus der Partei ausschloß, während er ein weiteres Duzend hervorragender Führer der Opposition zunächst ihrer Klemme entließ, um ihr weiteres Schicksal in die Hand des nächsten Parteikongresses legte; bei dessen Zusammenkunft ist es heute noch ungewiß, daß auch diese Männer aus der Partei ausgeschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen nicht hohen Rang, wie Katsowski, Kibel und den zeitigen Bolschewik in Rom, Kamenow. Die Tatsache, daß diese Männer, die zum Teil zu den Beratern der Partei gehören, so unerwünscht in ihrer Feindschaft gegen die neue Form der Organisation und Parteileitung angesehen haben, ist trotz der schließlichen Niederlage nicht von Wirkung gewesen. Wenn auch die Anhänger dieser letzteren Gegner des Erzkommunisten in einem bürokratischen, inoffiziellen immer nur eine Minderheit geblieben sind, hat doch der persönliche Einfluß der Führer und die Zahl der Anhänger und Mitläufer der Parteileitung mancherorts in ungewöhnliche Abgezogenen. Gerade die Erkenntnis, daß diese Zugeständnisse auf der einen Seite notwendig seien, solange man die Opposition gewähren ließ, auf der anderen Seite aber die Führung der Regierungsgeschäfte immer mehr erschwerten, ist es schließlich gewesen, die Stalin zu dem letzten Schritt genötigt hat. Angesichts der Art und Weise, durch einen reinen Gewaltakt die Opposition unterdrückt gemacht worden ist, wird man nicht annehmen dürfen, daß damit eine endgültige Entscheidung gefallen ist.

Der Industrie- und Handelstag zum Schulgesetz.

Im Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages ist eine beachtenswerte Stellungnahme zum Reichsschulgesetz veröffentlicht. Die „Deutsche Wirtschafts-Zeitung“ schreibt, daß das Reich zwar einen Preisbillet für die Errichtung neuer Schulen und Schulbetriebe und damit einen Preisbillet zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft gibt, ohne den Umfang dieser Belastung zu kennen und zu begrenzen. Kann im letzten Zeitpunkt über die Kosten der Vermehrung eine Auskunft nicht gegeben werden, so gibt es keine und, den Gegenstand endlich zu verabschieden und seine Ausführung unabhängig davon, was sie an Nachteilen verursacht wird, zur Reichsliste zu machen, sondern es muß das Inkrafttreten von dem Ergebnis einer erneuten Prüfung der Kostenfrage abhängig gemacht werden, die vorzunehmen ist, sobald genügende Unterlagen für die Schätzung der Kosten vorhanden sind. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Volkswirtschaft das größte Interesse daran hat, daß die Erziehungs- und Bildungsgerechtigten des Reichs Schulbesuch verweigern und gefördert werden. Die gesamten wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft können nur auf der Grundlage einer hochentwickelten allgemeinen Volksschulbildung gelöst werden. Dies erfordert, daß bei der Konzeption des Schulgesetzes das Schulleben hinsichtlich der Sicherung der Schulen in Einzelfällen und ihre Ausgestaltung im allgemeinen auf dem gegenwärtigen Stande seiner Entwicklungs- und Leistungsfähigkeit bleibt und nicht jenseits des Bestimmungszweckes der Eltern also keine Schulkörper der verschiedenen Arten errichtet werden müssen.

135 000 Berufsoldaten in Frankreich.

Ein Vergleich mit der Reichswehr.

Das französische Heer wird auf Grund seiner Neuorganisation in Zukunft allein an Berufsoldaten 135 000 Köpfe umfassen. Davon sind 29 000 Offiziere. Bei ihnen ist — im Vergleich zur Wehrmacht — nur eine geringe Verminderung von $\frac{1}{2}$ vorgenommen, die aber in einem schrecklichen Mangelverhältnis zu der in gleicher Zeit um $\frac{1}{2}$ verminderten Dienstzeit liegt. Die Zahl der Offiziere ist also beinahe hoch gehalten. Der Rest sind 106 000 Kapitulanten. Da ihre augenblickliche Zahl etwa 70 000 beträgt, wird eine Vermehrung um 50 Prozent vorgenommen.

Ganz unberücksichtigt gelassen sind bei der Aufzählung der französischen Berufsoldaten noch die — im Gegensatz zu Deutschland — dem Kriegsinstitut unterstellt und militärisch verwendeten Gendarmen. Ihre Zahl soll ebenfalls in der nächsten Zeit von 30 000 auf 45 000 gebracht werden. Von diesen neu aufzustellenden Gendarmen ist ausdrücklich gesagt, daß sie in erster Linie der aktiven Armee einen Teil der Last auf ihr ruhenden Arbeit, wie z. B. Wachen, militärische Jugendausbildung usw., abnehmen und zu diesem Zweck besonders ausgerüstet und bemannet sein sollen.

Es ist ohne weiteres ersichtlich, und auch verschiedentlich ausgeführt, daß bei der Festlegung der Zahl von 135 000 Berufsoldaten in Frankreich der Vergleich mit unserer Reichswehr eine Rolle gespielt hat. Da dieses nur 40 000 Offiziere und 96 000 Berufsoldaten umfaßt, springt die französische Wehrmacht allein schon in diesem Punkte sofort in die Augen; dabei sind die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich unter den Zahlen stehenden weißen und farbigen Mannschaften, deren Zahl über 400 000 beträgt, ganz außer Betracht gelassen.

Bayerisches, Allzu-Bayerisches.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, einmals ein liberales Organ, halten es jetzt für an der Zeit, eine Kanonade gegen den Einheitsstaat zu eröffnen. So sind die Anhänger des Einheitsstaats in diesem Blatte bezeichnend als 150 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Heute lese man überall von den Rechten der nationalen Minderheiten, dafür kämpfen in Frankreich Elsäßer und Basen, in Großbritannien die Iren, und auch im Osten sei der Kampf darüber entbrannt. Diese Argumentation verdient denn doch die allerhöchste Zurückweisung. Es ist bisher noch nicht dazugekommen, daß man das Verhältnis der Deutsch-Elsässer zu den Franzosen, und der tschechischen Iren zu den Engländern mit dem Verhältnis der Bayern zum Deutschen Reich vergleichen hat. Für nationale Minderheiten mag das Geltung haben. Aber für ein Volk gilt der Grundsatz: eine Kultur und eine Wehrpflicht. Die bayerische Stimmung gegen den Einheitsstaat ist gleichbedeutend mit der bayerischen Stimmung gegen Berlin. In dieser Beziehung ist charakteristisch eine Erklärung eines bayerischen Unterstaatssekretärs, der kürzlich in einem Bericht im bayerischen Unterstaatsrat gelesen worden ist. In diesem Bericht hieß es: „Ich will mir noch nie in Berlin, Galt sei Dank!“ Das ist die Stimmung, aus der so viel Aufregung in Bayern heraustritt. Man kennt die Gründe nicht, die für den Einheitsstaat sprechen, aber man mißbilligt sie.

Echardt als Politiker.

Kapitulantentum Echardt macht wieder einmal von sich reden. Er hat kürzlich die Wehrmacht besucht und dort zu seinen Kollegen gesprochen. Nachher hat er nur einige Sätze, die gegen den Einheitsstaat in Deutschland nach an Redensarten empfindlichen Menschen vorlesen kann. Echardt legte die Hand auf die nationale Fahne, die Wehrbünde und den Stahlhelm geleitete es, in diesem Sinne, ganz gleich, wie er im Innern aussieht, die Macht zu erlangen. „Was dann werden soll darüber herrsche vorläufig Schweigen.“

„Mir ist der kämpferische eingetretene Rotfrontkämpferbund lieber, als der Passivität und das Wehrbündnis. Es wird noch einmal die Zeit kommen, in der die Nationalisten und die Kommunisten Schalter an Schalter kämpfen müssen.“ „Der Anschlag Deutsch-Österreichs wird als Zankapfel in das Volk geworfen. Ich bin bei meiner großdeutschen Einstellung ein Gegner dieses Anschlusses. Deutschland ist so stark und mächtig, daß es einen noch stärkeren und mächtigeren Volksbürger nicht gebrauchen kann. Der Erfolg des Anschlusses wäre, daß der Reichstag eine absolute internationale Mehrheit erhält, und dafür würden wir uns bedanken.“

Die Begnadigungen in Preußen.

Wie von jüngstberühmter preußischer Stelle bekanntgegeben worden ist, sind auf Grund der Amnestieverordnung von 1925 in Preußen im ganzen 24 032 Personen begnadigt worden. 7192 Unteroffiziere sind ganz oder teilweise niederrangigen Klassen, 11 998 Gefängnis-, 373 Festungs-, 57 Haft- und 442 Geldstrafen worden völlig oder teilweise erlassen. Auf Grund der Einheitsbegnadigungen aus Anlaß des 80. Geburtsjahres des Reichspräsidenten sind bisher in Preußen mehrere tausend Gnadenakten erteilt. Ziffernmäßig läßt sich diese Angabe noch nicht präzisieren, da die Mitteilungen der Oberstaatsanwaltschaften über die Begnadigungen erst seit Anfang November einlaufen. Es wird aber angenommen, daß bisher erst der geringere Teil der Begnadigungen bekannt geworden ist. Die Berichte laufen noch den ganzen Monat November hindurch bis in den Dezember, jedoch eine abschließende Zahl über die in Preußen erfolgten Begnadigungen erst im Laufe des Dezember mitgeteilt werden kann. In der Besprechung der preußischen Gendarmenrat im Reichsausschuß des Landtages hob der demokratische Abgeordnete Dr. Grzimek hervor, daß Preußen unter der Regierung der Weimarer Koalition auf dem Gebiete einer verständigen Handhabung des Gnadenweises heute in Deutschland und in Europa führend sei. Der Reichsausschuß des preußischen Landtages habe einen sündigen Amnestieausfluß, der nicht in jedem Jahre tausende von Fällen verhandelt und nachgeprüft werden. Die Einstellung des preußischen Justizministeriums, für das der Minister Dr. Schmidt verantwortlich ist, sei durchaus zu billigen. Die Haltung der Regierung fand mit Ausnahme der Kommunisten die einmütige Billigung der Parteien.

Erhöhung der Fleischbeschaugebühren.

Zu der kürzlich erfolgten Neujustierung der Fleischbeschaugebühren, die zu Neuerungen in der Presse Veranlassung gegeben hat, wird dem Alltäglichen Preussischen Presseblatt aus dem preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten mitgeteilt:

Die bei der Schlachtvieh- und Fleischbeschau zu entrichtenden Unterabgaben sind seit der Währungsstabilisierung nicht mehr erhöht worden. Daher haben die Fleischbeschauer und Trichinensucher dringend eine Erhöhung der Gebühren gefordert, da sie sich infolge der gegenüber der Wehrmacht erheblich niedrigeren Schlachtungspreisen und der der Wehrmacht nicht entgegengesetzten Unterabgabengebühren in großer Notlage befinden. Diese Art der Belastung der Fleischbeschauverwaltung bisher unter der Betonung der allgemeinen Notlage der deutschen Wirtschaft abgelehnt. Da aber neuerdings die Wehrmacht bei der Neujustierung der Gebühren im Laufe infolge der ungenügenden Entlohnung auf große Schwierigkeiten stößt, müssen die Beiträge endlich erhöht werden. Die Beschneidung bleiben jedoch auch nach dieser Erhöhung in ihrem Realwerte durchaus hinter den Friedenspreis zurück, sind auch heute noch geringer als es der Fleischpreissteigerung entsprechen würde. Nur bei Schlachtvieh und bei der Ergänzungsbeschau mußte eine Erhöhung der Unterabgaben um 100 Prozent erfolgen, die Erweiterung der Unterabgabenbestimmungen, insbesondere die zwingend vorgeschriebene bakteriologische Untersuchung hat die Früchte mit wesentlichen Mehrarbeiten und größerer Verantwortung belastet, so daß die frühere Gebühr von 3 M. in einem starken Mangelverhältnis zu den Leistungen stand.

So unerwünscht an sich die Gebührenerhöhung ist, wird bei Würdigung der Gründe die Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht in Abrede gestellt werden können.

Die Fürsorge für entlassene Gefangene.

Ueber die Fürsorge für entlassene Gefangene in Preußen erzählt der Alltägliche Preussische Presseblatt folgendes:

Die Fürsorge für entlassene Gefangene erfolgt in Preußen gemeinsam durch die Organe der freiwilligen und der öffentlichen Wohlfahrtsvereine. In allen größeren und mittleren Orten bestehen Gefängnisvereine, die sich in erster Linie dieser Aufgabe widmen. Die Vereine sind prinzipiell zu Zentralverbänden zusammengeschlossen, die ihrerseits einem Reichsverband angehören. Die Kosten werden teils durch Beiträge der Mitglieder, teils durch staatliche Zuschüsse aufgebracht. Neben den Vereinen betätigen sich funktionelle Organisationen, insbesondere die Innere Mission und der Caritasverband, auf diesem Gebiete, auch die sehr wirksame ist dafür tätig.

Die vorgenannten Stellen arbeiten auf der einen Seite mit den Strafverfolgungsorganen zusammen, die ihnen auch die Gefangenen zuweisen, auf der anderen Seite mit den Wohlfahrtsämtern, denen sie wieder die Gefangenen zuweisen, die sie nicht selbst ohne weiteres unterbringen können oder bei denen eine laufende finanzielle Unterstützung notwendig wird für die Unterbringung in Arbeitsstellen werden auch die öffentlichen Arbeitsämter herangezogen.

Im Einzelnen ist die Zusammenarbeit zwischen den Fürsorgeämtern und den Wohlfahrtsämtern örtlich verschieden geregelt; an einigen Orten (so z. B. Berlin) sind enge Arbeitsgemeinschaften gebildet; vereinzelt sind von Wohlfahrtsämtern auch besondere Gefangenensfürsorge angekehrt. Eine Anzahl der oben genannten freien Organisationen unterhalten Uebergangsheime, in die solche Entlassene aufgenommen werden können, die keine andere Unterkunft haben. Zur Einrichtung dieser Heime sind meist staatliche Zuschüsse gegeben worden.

Parteinachrichten.

Stresemanns Abgabe nach rechts.

Angesehen früherer Wahlen.

Halle. Gelegentlich ihres Landesparteitages ließ die Deutsche Volkspartei ihren Führer Dr. Stresemann an die Öffentlichkeit sprechen. Der Wahlkandidat war bis zum letzten Platz ausverkauft. Im Saal und auch am Nebenraum und Vorplatz stand ein entgegen dem sonst bei der Deutschen Volkspartei vorherrschenden Brauch kein Schwarzweißrot. Überhaupt kein Fahnenrot. An seiner Stelle das neutrale Grün und dazu Blau-Weiß-Rot. Für den Kenner der politischen Wandlung ein deutliches Zeichen. Man trau sich in Halle noch nicht, den Außenminister des Deutschen Reiches, der zugleich Parteiführer ist, unter der Reichsflagge sprechen zu lassen. Man möchte aber auch nicht gern eine allzu enge Verbindung mit Schwarzweißrot zeigen. Echt nationalparteilich! Denn, wer weiß, wie es kommt! Die bisher erfolgten Wahlen zeigen ja einen gar zu deutlichen.

Rud nach links.

Oder hatte vielleicht der Parteiführer selbst vorher einen Wind nach Halle geblasen? Möglich ist das. Zumal gerade Dr. Stresemann stets eine schnelle Wandlungsgabe für eine Veränderung in der politischen Auffassung gezeigt hat.

Spah macht es, die hallische Reichspresse in ihrer Berichterstattung über die Rede Stresemanns zu beobachten. Die „Allgemeine Zeitung“ hat aus ihrem Bericht alles, aber auch alles herausgelassen, was der Außenminister gegen die Deutschnationalen, gegen den Stahlhelm und überhaupt gegen die Prägen einer Machtpolitik gesagt hat. Und die „Halleische Zeitung“ quittiert mit fauchender Miene den Optimismus Stresemanns in der Außenpolitik. Sie glaubt nicht daran. Der Reichsaussenminister ist ein auf dem politischen Parkett geübter Mann und weiß auch als Meister der freien Rede seine Worte zu wählen. Er versteht es, mit verbindlicher Geste und ohne allzu starke Betonung scharfe Hiebe auszuheilen, die aber darum umso besser sitzen. Gleich zu Anfang hat der Verrger über die Kritiker seines Kabinettsollgen Herzog in der Außenpolitik zum Ausdruck. Herzog hatte einige Tage vorher in Mainz von Enttäuschungen in der deutschen Außenpolitik gesprochen. Darauf reagierte Stresemann und meinte, solche Kritiker sollten sich doch gefälligst daran erinnern, wie es um Deutschland bei der Liquidation des Ruhrkrieges, beim Stiller-Fuß und bei dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch bestellt gewesen sei. Aber objektive Urteile, müsse eine vorangehende Besserung vor allem in anderer Geltung im Ausland anerkennen. Dieses Ausland bewunderte geradezu die schnelle Geländung unseres Vaterlandes. Und dann: Wer es besser zu machen versteht, der solle doch endlich einmal damit herauskommen, wie es gemacht werden sollte. (Starker Beifall). Weiter hatte Herzog in Mainz gesagt, die gegenwärtige Regierungskoalition stehe und falle mit der Annahme oder Ablehnung der Vorlage zum Reichsschulgesetz. Auch darauf reagierte Stresemann:

„Solche Drohungen machen auf mich gar keinen Eindruck“. Man solle doch nicht vergessen, daß beim Zustandekommen der letzten Regierungskoalition die Volkspartei der gerade und nicht der nehmende Teil gewesen sei. Und dann noch hinzuzufügen, daß Anzeichen für einen früheren Wahlsieg in allen allerdings vorhanden seien, aber man müsse in Ruhe abwarten. Beim Reichsschulgesetz werde die Deutsche Volkspartei nun und nimmermehr ihre liberale Grundhülle abgeben. Für ihn beste ein erster Stelle das Deutschnationalen und ein zweiter Stelle die Religion. (Starker Beifall). Der demnach in Braunschweig stattfindende Parteitag der Deutschen Volkspartei werde übrigens das entscheidende Wort sprechen.

Das waren, besonders wenn man die rhetorisch verbindliche Art Stresemanns kennt, recht deutliche Hiebe gegen rechts. Aber auch der Stahlhelm bekam sein Teil. Nach einer vom Bundesführer Seidte ausgesprochenen Barocke wurde der Stahlhelm neuerdings politisch werden und erklärte, daß er politisch tätig eingestellt sei. Mit heiserer Ironie meinte Stresemann, daß ein Politiker, der nur nach einer Seite blicke, sehr bald die Erfahrung

...ung machen werde, daß es anderswo auch noch Menschen gäbe, mit denen er rechnen müßte, wenn er nicht überannt werden wolle, und daß es wirklich nicht demütig abgeben sei, alle Tage als Sonntage und Geburtstage zu feiern und sich an Festlichkeiten zu betätigen. Er wolle heute nicht von den Parteien reden, aber als Außenminister müsse er dringend wünschen, daß

Die Summengen von rechts und links
endlich aufhörten. (Nach am Wortabstich haben recht viele Herren, die offensichtlich das Stahlhelmabzeichen im Knopfloch trugen.) Besonders abwegig sei es, immer mit dem futur teutonius zu spielen. Dieser fehre sich leider meistens gegen die eigenen Volksgenossen. Würde man nach außen nur halbsoviel Kraft aufbringen, wie man sie fast ständig im Innern entfalte, so wären wir weiter. Eine Wahlsparole auszugeben, dazu sei es heute nicht an der Zeit. Er für seine Person müsse aber mit aller Schärfe den Versuch zurückweisen,

den Reichspräsidenten in die Wahlen zu ziehen.

In der Wirtschaftspolitisch empfahl der Außenminister zunächst große Sparanstrengungen vor allem bei Städten und Gemeinden. Dem Reich müsse eine Kontrolle über die Anleihepolitik der Länder und Gemeinden zustehen. Wer in das Reich nicht hinein will, den werde man nicht zwingen. Wer aber zum Reich will, den dürfe man nicht den Weg verperren. Um zur Reform der Verwaltung zu kommen, dürfe man auch auf einer Verfassungsänderung nicht zurückweichen. Überall müsse ein Zusammenarbeiten stattfinden, aber gerade als Minister mache man vielfach die Erfahrung, daß man im engeren Kreise der Mitarbeiter oft wie gegen einen Wall anrenne. Eine Gefährdung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands ließe überhaupt nicht zur Debatte. In der wirtschaftlichen Weiterentwicklung anderer Vaterlandes sei er optimistisch, aber es würde den Untergang Deutschlands, gleich wie in früheren Zeiten den Roms zu bedeuten haben, wenn Raufputzbesitzer und Großgrundbesitzer die ausschließlich Bestimmenden wären.

Stresemann erwiderte für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Das ganze Haus stand ersichtlich unter seinem Temperament und unter seinen freimütigen Worten. Es scheint, daß, wie oben gesagt, Stresemann die politischen Zeichen der Zeit schneller erkennt, als ein großer Teil seiner Parteianhänger. Und vor allem scheint er die von der Deutschen Demokratischen Partei besonders herausgestellte Begründung zum Einheitsstaat in ihrer Bedeutung zu erkennen. Wie sich zu allem dem die Deutsche Volkspartei stellen wird, bedarf noch einer Klärung. Als Parteiführer wird Stresemann wahrscheinlich auch noch gegen manchen Wall anrennen müssen.

Dänemarkspolitik unter Reichstagsrat.

Die jetzige Reichsregierung hat im Gegensatz zur vorjährigen Reichsregierung den Dänemark nicht das gleiche Interesse entgegengebracht. Während der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und der Innenminister Dr. Müller es sich zur Aufgabe gemacht hatten, für die bedrängten Ostgebiete eine Sonderverträge dem Reichstag zur gehen zu lassen, in welcher zur Abwendung der schlimmsten Not im Sofortprogramm 41 Millionen vorgeschlagen waren, haben der deutschnationalen Innenminister sowohl als auch der Zentralfinanzminister Dr. Köhler in diesem Etatsjahr nur 1 1/2 Millionen für die vorgenannten Gebiete vorgeschlagen. In der Vorberatung des Etats beantragte, daß für die Ostmarken mindestens 25 Millionen im Etat eingestellt werden sollten. Die bestehende Regierungskoalition hat diesen Antrag abgelehnt. Auch im Reichsrat haben die deutschnationalen Vertreter der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen

und Pommern eine Erhöhung des Grenzmarkenfonds abgelehnt. Am 9. Juli 1927 beschloß die von der Haushaltsauschuss mit der Verteilung dieser Summen und es wurde von den Regierungsparteien folgender Antrag gestellt:

„Der Haushaltsauschuss des Reichstags stimmt der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verteilung der im Haushalt des Reichsministeriums des Innern ausgeworbenen Mittel für wirtschaftliche und kulturell bedrängte Grenzgebiete zu.“

Er stellt indes fest, daß bei dieser Verteilung der Westen, wo gleichartige Verhältnisse vorliegen, nicht berücksichtigt ist. Er verlangt deshalb von der Reichsregierung, daß im Nachtragsetat oder im Haushalts 1928 entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.“

Unser Abgeordneter Bartschat wandte sich gegen diesen Antrag. Für den Fall der Annahme beantragte er folgenden Satz hinzuzufügen: „ohne daß die Erfüllung der Aufgaben für die ostlichen Grenzgebiete dadurch beeinträchtigt wird.“ Auch selbst diesen harmlosen Zusatz lehnten die Regierungsparteien mit einer nichttragenden Erklärung ab. Mögen die Bewohner der Grenzgebiete sich daran erinnern, daß Taten und Worte zweierteil bedeuten, denn sonst fäßen die Versprechungen, die Herr Herzog für den Osten so häufig gemacht hat, längst durch Taten erfüllt sein müssen, da er als Vizeminister ohne Zweifel einen großen Einfluß im Kabinett ausüben kann.

Ein verlorener Berichterstatter.

Als die demokratischen Abgeordneten Haas und Erefelz und der frühere Abgeordnete Heile in Paris von Herrn Poincaré anlässlich der Tagung der internationalen Vereinigung demokratischer Parteien empfangen wurden und mit ihm eine quarzig Minuten lange Unterredung hatten, mußte man gleich annehmen, daß die Phantasie einiger Berichterstatter angespannt würde, um über diese Unterredung falsche Meldungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das ist nun auch prompt eingetreten. In einer Korrespondenz, die z. B. auch von der „Hall. Ztg.“ benutzt wird, wird eine Darstellung von dem Inhalt der Unterredung gegeben, die sich angeblich auf französische Quellen stützen soll. Diese Darstellung ist so völlig falsch. Der Berichterstatter hat nicht die mindeste Grundlage für diese Darstellungen gehabt und hat sich seine Behauptungen einfach aus den Fingern gelogen. Einen geradezu tollen Schwund erlaubt sich eine Korrespondenz, die in der „Hall. Ztg.“ am 15. November abgedruckt wurde. Nach dieser Mitteilung sollen in Paris Anfragen gegen die deutschen Reichsparteien erhoben worden sein. Französische Delegierte sollen dem Berichterstatter versichert haben, daß das Auftreten der Demokraten in Paris den denkbar schiefsten Eindruck hervorrief. Alle diese Darstellungen sind reine Phantasieprodukte und enthalten kein Wörtchen Wahrheit. Offenbar werden die ganzen Unwahrheiten nur deshalb vorgezogen, weil sich die rechtsstehende Presse darüber ärgert, daß ihre Parteien keinerlei Möglichkeit haben, sich mit ausländischen Parteien zu beschreiben. Wer sollte die ganze Schreiberlei nur den Zweck verfolgen, über die Demokratische Partei falsche Nachrichten zu verbreiten?

Sie lernen un.

Halle. Als bei den Dezemberwahlen 1924 nun aus der Chefredakteur der Wöhlischen Zeitung, Georg Bernbard, als Reichstagsabgeordneter aufgestellt worden war, stand die „Halle'sche Zeitung“ am der Spitze derjenigen Presse, die Georg Bernbard als Radikalpapageien anzuwandern suchte und eine wahre Flut von Beschimpfungen gegen ihn häufte. Inzwischen ist nun Georg Bernbard von der Wahlkreisorganisation der Deutschen Demokratischen Partei im

Wahlkreis Potsdam I für die kommenden Wahlen Spitzenkandidat nominiert. Und nun schreibt selbst die „Halle'sche Zeitung“ am 11. November: Die Demokratische Partei wolle mit dieser Kandidatur am wenigstens in der Nähe der Reichshauptstadt nationale Gesicht wahren.

Na also! Diese Gesicht kommt spät, aber sie ist freilich erst, nachdem auch deutschnationaler Minister Locarno-Politik als quatschhaftig anerkannt müssen nachdem auch Stresemann als volksparteilicher Minister dieselben Wege wandelt. Was machen nun die deutschnationalen Parteianhänger im Lande, man doch versprach, sobald man selbst in der Regierung, mit der Faust in die Friedenspolitik hineinzuwollen? Bei den nächsten Wahlen können sie ab auch sie den Schwund mit der „Machtpolitik“ haben. Bei der „Halle'schen Zeitung“ scheint's jedenfalls bähmern.

Halle. Deutsche demokratische Frauengruppe. Donnerstag, 24. November, abends 8 1/2 Uhr. St. Nikolaus „Politische Aussprache.“ Eingef. Gäste herzlich willkommen.

Halle. Jungdemokraten. Am Donnerstag, 24. November, abends 8 Uhr, spricht im Rest. St. Nicolaus Herr Studentent Dr. Wenzlau über: Deutsche von Preußen in Bergangeheit und Gegenwart. Wirten unsere Mitglieder und Freunde um recht zahlreich teilung. Gäste sind herzlich willkommen.

Ammerdorf. Verein der D. D. P. Montag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr bei Helm Versammlung. 1. Jährlicher Bericht (Ref.: Dornblüth). 2. Bericht aus Kreiszeitung (Ref.: Just, Weiland).

Bitterfeld. Die hiesige Ortsgruppe D. D. P. hielt am 9. November ihre Monatsversammlung im „Eichamt“ ab. Nach der Bekanntgabe verschied. Eingänge, u. a. eines Dankschreibens von Dr. Schreiber Minister für Handel und Gewerbe, für die ihm aus seiner Ernennung zum Ehrenofizier ausgesprochenen Wünsche, gab der Kreisvorsitzende Herr Ullrich einen eingehenden Bericht über den Preußenangriff der D. D. P. Berlin. In dem Berichte des Vorsitzenden der demokratischen Fraktion Justizrat Kall-Kölln über die demokratische Politik in Preußen seit den letzten Wahlen und der sich anschließenden Aussprache wurde die Bewilligung der preuß. Demokraten betont, alles zu tun, für den deutschen Einheitsstaat zu kämpfen. Bei der 3. von Vollerhebung sprachen die beiden demokratischen Minister Dr. Schreiber und Höpfer, dessen Reden allgemein Interesse erweckten und mit dem Beifall aufgenommen wurden. Aber auch die letzten Worte kamen, wobei auf bemerkenswerter Höhe. — Übrige Teil des Abends war eine Uffschiedsfeier den langjährigen Schriftführer der Ortsgruppe und Kreisvorsitzenden, Lehrer Brillmanns, die demnächst in die hiesigen Ortsgruppe, Oberlehreramt Kall-Kölln und beiden Vorstandsmitglieder Stadtrat Dietrich und Zentralsekretär Krause im Anwesen gehalten, in denen jahrzehntelange treue Arbeit des Scheidenden, sein Leben für unsere Ziele, eine demokratische Staatsform, während gewährt wurde, überreichte man dem Scheidenden eine prachtvolle Originaldarstellung vom Feiernfeld - Bitterfeld: Die Kirche in Alt-Bitterfeld, Ullrich.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblüth, Halle a. S. Druck und Verlag: Hugo Ulbers, Bitterfeld.

Die im „Politischen Wegweiser“ besprochenen Bücher

- Friedrich Naumanns Kindheit und Jugend (geb. 4.)
- Walter Rathenau's Leben und Wirken (geb. 7.)
- ferner die ebenfalls neu erschienenen:
- Richard Eichhoff, Politische Profile (geb. 5.50)
- Theodor Wolff, Partier Tagebuch (geb. 6.50)
- Generalmajor von Schönau.
- Die Weisheit des August Schmidt (geb. 4.)
- sowie sämtliche anderen Bücher und Zeitschriften liefert schnellstens

Steintor-Buchhandlung

Arthur Simonsohn
Halle, Gr. Steintr. 54/55. Fernsprecher 29491
Großes Lager d. neuesten Erscheinungen aus allen Literaturzweigen.

Der Deutsche Rundfunk

Größte Funkzeitung mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Basterteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung. Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

Guterhaltene Maß-Anzüge

auch Smoking und Frackanzüge i. all. Größ. und Weiten, sowie neue Garb. derobee zu sehr bill. Preisen

Altman
Leipzig, Preisvergrößerung 9, 1 gegenüber Althoff. Gebet wird vergütet!

Metalbetten

Stahlmattlagen, Kinderbetten günstig an Preis, Katalog 35-46 Eisenmöbeltabrik (H) (Thür)

Großer Möbelverkauf auf Kredit

- Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer
- Küchen, Bettstellen und Federbetten, Sofas, Ruhebetten, Korbmöbel
- Kinderwagen, Uhren
- Nähmaschinen
- alle Einzelmöbel in großer Auswahl
- Riesige Ausstellungsräume in 3 Etagen
- Kleine Teilzahlungen nach Wunsch des Käufers! Kunden ohne Beamt auch ohne Anzahlung!

möbelhaus N. Fuchs
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 53, I. u. III. Etg. (a. Hause der Nordsee)

Es gibt nur einen Nigroin, den man nicht missen darf!

Das ist die rechte Nigroin, die man nicht missen darf!

Nigroin glänzt wie ein Stern!

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streits, höhere Gewalt und Betriebsstörung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Berlin der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20
Schiffelung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20. Fernsprecher Nr. 1277

Wochenpreis: Für die Postbezogene Ausgabe 1,20 Mk. (einschl. Porto). Einzelhefte 0,50 Mk. Abbestellungen sind an den Verlag zu richten. Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 20.

Nummer 47

Halle (S.), 19. November 1927

3. Jahrgang

Die Niederlage des Bürgertums

Wahl-Lehren

Alle Wahlen in Ländern und Gemeinden haben im letzten Jahre mit kleinen Abwandlungen ein ungefähr gleiches Ergebnis gehabt. Immer hat das Bürgertum, wemlich sobald man es als eine Gesamtheit auffaßt, schwerliche Einbußen erlitten. Diese Erscheinung sollte eigentlich zu denken geben. Nicht in dem Sinne, daß nur unbedingt eine Einheit herbeigeführt werden muß, die nur zur Verwirklichung der Gegenätze in Staatsaufstellung und Weltanschauung führen würde, sondern als Kritik an den politischen Arbeiten der jüngsten Vergangenheit. Man wird es nur als richtig empfinden, daß die Demokraten die Aufmerksamkeit, die sie den Deutschnationalen auf einer Höhe zu verbinden, wie es in Bremen geschah, abgelehnt haben. Ein Zusammengehen ist nur dort möglich, wo man wenigstens in den Grundrissen einigermassen zusammenkommt. Leider aber hat sich gezeigt, daß auch diese Partei des freirechtlichen Bürgertums unter der verächtlichen Erbitterung vor breiten Schichten zu leben hatte. Das liegt nicht an der Politik der Partei selbst, sondern an dem gegebenen gesellschaftlichen. Ihr Verantwortungsbewußtsein bildet keine Negation im Sinne der äußeren Einker, denn dazu hat sie sich lange an leitender Stelle mitgearbeitet. Auch mußte sie immer bewußt bleiben, daß schon der nächste Tag sie wieder in die Verantwortung zurückführt. Das schadet ihr, obwohl es sie ehrt. Wenn derartig darauf los regiert wird, wie es jetzt im Reich und in vielen Ländern der Fall ist, macht die Erbitterung nicht bei einer gemäßigten Opposition Halt, sondern sucht nach dem schärfsten Ausdruck des Unwillens. Insofern stehen wir hier vor Ereignissen, die zu ungenügen mit gar nicht die Macht haben. Wir müssen auch diese Politik über uns hinwegbrauchen lassen, in der sicheren Erwartung, daß die Zeit unsere Rechtfertigung übernimmt und, was heute gegen uns wirkt, später zu unserem Vorteil ausschlägt.

Die Reichsparteien

In einer gewissenlosen Agitation haben die Deutschnationalen aus der Not und dem Elend dieser Jahre seit Entsetzen der Republik ununterbrochen ihren Parteielob gepredigt. Niemand erlahmte der Leser, aus diesen Blättern, daß es sich um die Einübung der äußerlichen Ehrlichkeit handelt und daß der neue Staat, belastet durch einen Friedensvertrag, den er aus dem Krieg und aus dem Zerbruch in einem der rechts und links mit beispielloser Geschäftigkeit gefordert wurde, erst den Neuaufbau ins Werk zu setzen habe. Es war so kinderleicht, die Republik zu schmäheln und dem Spießbürger einzureden, daß sie an allem Unheil schuld sei. Die Deutschnationalen, die früher so gern die innere Gemeinschaft mit den einst herrschenden Konventionen abstritten, obwohl sie sie heimlich unterhielten, schieben alles auf die Unfähigkeit der Parteien, die im November 1918 tapfer in die Bresche getreten waren und das Reich vor dem Untergang bewahrt hatten. Deshalb war es gut, daß sie einmal selbst zur Regierung berufen wurden. Sie konnten zeigen, was sie zu leisten imstande waren. Nichts, lautet die Antwort. Noch weniger als nichts. Knapp ein Jahr reichte aus, um neue Sünden zu schaffen. Nur zwei Gesetze wurden wirklich verabschiedet. Der Finanzausgleich, der in sich bereits wieder brüchig ist, und das Republik-Schutzgesetz, auf dessen Verlangung Graf Westarp vermutlich nicht sonderlich stolz sein wird, richtete sich doch gegen seine eigene Partei. Sonst aber ist alles liegen geblieben und die drei großen Aufgaben harrten noch der Lösung, ohne daß jemand sagen kann, wann sie erledigt werden. Das haben auch die Wähler gespürt. Und so folgte eine Kette von Niederlagen. In Thüringen, in beiden Mecklenburgs und jetzt in Bremen und Hessen. In diesen letzteren Freistaat ist der Stimmenrückgang allgemein, aber die Deutschnationalen haben den größten zu verzeichnen. Das ist ein Menetekel.

Die deutsche Volkspartei

In den Kreisen der deutschen Volkspartei hat man noch vor wenigen Wochen angenommen, daß man selbst von dem Sturz nach links verschont bleiben würde. Gelegentlich hörte man sogar Äußerungen, die von Mandatsergebnissen sprachen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Auch

hier ist ein Abwärts zu verzeichnen. Man hat weder von den Deutschnationalen, noch von den Demokraten an Stimmen gewonnen. Sollte es trotzdem irgendwo gelungen sein, so hat man eben weit mehr abgeben müssen. Entweder an die Sozialdemokraten, oder an die Splitterparteien, oder, was im Sinne der allgemeinen Politik noch weit bedenklicher ist, an das Riesenheer der Nichtwähler. An der Außenpolitik liegt es nicht. Sie hat Stresemann so geführt, wie es unter den Umständen überhaupt möglich war. Man darf ihm befehlen, daß er das Erbe Walter Rathenau's gut verwaltet hat. Also müssen andere Gründe dafür maßgebend gewesen sein, und sie können nur in der inneren Politik gesucht werden. Auch nicht in der Wirtschaftspolitik, die sich im allgemeinen auf sehr verständiger Linie hielt. Stresemann und Curtius haben sich mit dankenswerter Entschlossenheit für die Anschauungen der Weltwirtschaftskonferenz, also für den Abbau der Zölle eingesetzt und dem ständigen Verlangen der Syndikate nach Preiserhöhung, so noch zuletzt bei der Kohle, entgegengestellt. Nur die innere Politik kann die Wähler entfremdet haben. Und das ist auch in der Tat der Fall. Man hat vom Liberalismus sehr viel gesprochen, aber ihn nicht mit Kennern zu zeigen gewußt, als die Stunde der Entscheidung schlug. Die Haltung beim Schulgesetz ist bedenklich gewesen, auch wenn wir noch die Hoffnung haben, und gute Gründe veranlassen uns dazu, daß in Braunschweig am 21. ein scharfer Ton gegen den Neubesslichen Entwurf angeschlagen wird. Was die Partei belächelt, ist ihre Unentschlossenheit. Sie mußte es wagen, die Koalition zu sprengen, um die Auslieferung der deutschen Jugend an die kirchliche und politische Reaktion zu verhindern. Dazu war die enge Fühlungnahme mit den Demokraten selbstverständlich, die sie unterließen. Dr. Stresemann hat nicht die Entschlossenheit gehabt, das als richtig Erkannte auch in der Wirklichkeit zu übertragen. Halbheiten rächen sich immer.

Die Kommunisten

Solange die Kabinette der Mitte regierten, waren die Kommunisten in rückläufiger Bewegung begriffen. Die Vorgänge in Rußland mußten die Verhängigen in ihren Reihen abstoßen und haben es auch getan. Sobald aber Herr Marx an die Spitze einer Regierung mit den Deutschnationalen trat, haben die Sowjetagenten ihren Tiefpunkt sofort überschritten. Selbst die Sozialdemokraten haben sich nicht überall als Damm gegen sie erwiesen. Darin liegt kein Vorwurf. Eine solche Regiererei, wie wir sie jetzt erleben, stützt immer den Radikalismus. Jede gemäßigte Agitation wird von der scharferen überannt. So ergab es den Demokraten, den Sozialdemokraten gegenüber, so den Sozialdemokraten im Wettbewerb mit den Kommunisten. Selbstverständlich weiß die Reichspresse auf diese Erscheinung hin, um sie in ihrem Sinne zu nützen. Man sei es Pflicht des Bürgertums, sich gegen die rote Gefahr zusammenzuschließen. In Wirklichkeit würde das einen glatten Sieg der äußersten Linken bei den nächsten Wahlen retten will, kann nur tapfer seinen Mittelkurs halten, in eine Hand, die sich uns etwa entgegenreden möchte, einschlagen. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit der republikanischen, also der in Wahrheit haarschneidenden Parteien. Dann, aber auch nur dann, wird die Konjunkturdrama Deutschlands wieder einsehen und erfolgreich fortschreiten.

Die Splitterparteien

Man hat in Weimar geglaubt, durch die Bestimmung, daß eine Partei nur zwei Mandate auf der Reichsliste bekommen kann, als sie in Einzelwahlkreisen erobert hat, gegen die Gefahr der Zerstückelung geschützt zu sein. Diese Rechnung hat sich als falsch erwiesen. Die kleinen Sondergruppen haben sich überall durchgesetzt und es wirkt gerade so förmlich, was für Listen entstanden sind. Alle möglichen Berufsweige haben sich zusammengeschlossen und Mandate erzielt. Am tollsten ist das in Danzig getrieben worden. In einer obersächsischen Stadt haben sich für die kommenden Kommunalwahlen sogar die väter kinderreicher Familien zusammengesetzt. Bekannt wird Unfsun. So geht es auf keinen Fall. Auch der Zusammenschluß der Mitte würde das Uebel zwar mildern, aber nicht beseitigen. Das Wahl-

gesetz muß eben geändert werden. Zunächst ist es unbedingt notwendig, die für ein Mandat erforderlichen Stimmen von 60 000 auf 80 000 heranzuführen. Der Reichstag muß seiner 492 Mitglieder ist an sich viel zu groß. Es würde gar nichts schaden, wenn die Zahl der Volksvertreter am festig oder festig geringer würde. Sobann muß man auf den Entwurf von Ritz zurückgehen, der die Wahlkreise verkleinerte. Nur dann werden die Sondergruppen ihren Weg zu den Parteien zurückfinden. Ihr ganzes Verhalten ist im übrigen verfassungswidrig, denn sie sollen ja nicht Vertreter einzelner Berufsständchen oder Klassen, sondern des ganzen deutschen Volkes sein. Leider aber der nächste wenig Ausichten, daß dieser Reichstag oder der nächste seine Pflichten erkennt. Niemand sagt gegen den Akt ab, auf dem man sitzt. Deshalb muß die Öffentlichkeit immer lauter und deutlicher die Forderung, die Wahlreform herbeizuführen.

Aufklärung

Man hat in den leitenden Kreisen den Wunsch geäußert, die Reichstagswahlen wenigstens solange hinauszuschieben, bis im Mai die französischen Kammerwahlen stattgefunden haben. Eine gewisse Berechtigung hat das schon, da es sich um die Wahl der Reichstagskommission handelt, die die Reichstagswahlen vorbereiten soll. Wenn aber die deutschen Wahlen, wie wir mit Sicherheit annehmen, einen erheblichen Aufschwung nach links zur Folge haben und damit die Politik der Reichsregierung kräftig unterbrechen, so wird diese unheilvolle Wirkung mehr als aufgehoben. Die innere Politik erfordert ebenfalls, daß der Reichstag sobald als möglich verabschiedet. Er spiegelt heute die allgemeine Stimmung nicht mehr wieder. Ueberträgt man die Wahlen in Bremen, Hamburg, Hessen, Thüringen usw. auf das Reich, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die jetzige Mehrheit in eine Minderheit verwandelt wird. Es ist dabei noch nicht klar, welche eine Regierungsbildung möglich sein wird. Die Weimarer Koalition kann, obwohl sie gestärkt zurückkehren wird. Aber sie hängt dann von dem Wohlwollen der Kommunisten ab, was sich in Bremen nicht gerade bewährt hat. Auch werden uns die Splitterparteien Sorge bereiten. Wahrscheinlich wird die Große Koalition das Ergebnis sein. Auch in den Kreisen der deutschen Volkspartei ist man schon dieser Ansicht, zumal das Zentrum ganz offensichtlich auf die gleiche Kombination hinarbeitet. Damit aber wäre eine feste Grundvorlage gegeben.

Die Werbearbeit

für die Deutsche Demokratische Partei muß jetzt wieder aufgenommen werden. — Jeder Demokrat ist zur Mitarbeit verpflichtet.